

Ortsrecht der Stadt Thannhausen



Satzung über das Friedhofs- und Be- stattungswesen in der Stadt Thann- hausen

INHALTSÜBERSICHT

I. Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Friedhofszweck
- § 3 Schließung und Entwidmung

II. Ordnungsvorschriften

- § 4 Öffnungszeiten
- § 5 Verhalten auf dem Friedhof
- § 6 Ausführungen von Arbeiten gegen Entgelt

III. Bestattungsvorschriften

- § 7 Allgemeines
- § 8 Säрге
- § 9 Beerdigungen
- § 10 Ruhefrist
- § 11 Vorbehaltene Arbeiten
- § 12 Ort der Bestattung
- § 13 Benutzung der Leichenhäuser und Aussegnungshallen
- § 14 Leichenausgrabung und Umbettung

IV. Grabstätten

- § 15 Arten der Grabstätten und ihre Verwendung
- § 16 Einzelgräber
- § 17 Familiengräber
- § 18 Kindergräber
- § 19 Ehrengrabstätten
- § 20 Rasengräber
- § 21 Urnenfeld, Urnennischen, anonymes Urnenerdgrab, Gemeinschaftsurnengräber
- § 22 Dauer des Nutzungsrechtes
- § 23 Ausmaße der Grabstätten
- § 24 Rechte an Grabstätten
- § 25 Beschränkung der Rechte an Grabstätten

V. Gestaltung der Grabstätten

- § 26 Allgemeines
- § 27 Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege der Grabstätten

VI. Grabmäler

- § 28 Gestaltung der Grabmäler
- § 29 Standsicherheit, Unterhalt, Lagern und Wiederverwendung
- § 30 Entfernung von Grabmälern
- § 31 Größen der Grabmäler und Einfassungen

VII. Schlussvorschriften

- § 32 Alte Rechte
- § 33 Ausnahmen
- § 34 Haftung
- § 35 Gebühren
- § 36 Anordnungen für den Einzelfall, Ersatzvornahme
- § 37 Ordnungswidrigkeit
- § 38 Inkrafttreten

SATZUNG
über das Friedhofs- und Bestattungswesen
in der Stadt Thannhausen

Aufgrund der Art. 23 und 24 Abs. 1 Ziffer 1 und 2 und Absatz 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (BayRS 2020-1-1-I) erlässt die Stadt Thannhausen folgende Satzung:

I.
ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN

§ 1
Geltungsbereich

- (1) Die Stadt Thannhausen errichtet und unterhält die folgenden Einrichtungen für das Bestattungswesen als eine öffentliche Einrichtung:
 1. den Waldfriedhof bei St. Barbara auf dem Grundstück Fl.Nr. 2379 der Gemarkung Thannhausen
 2. den Kirchfriedhof in der Stadt auf den Grundstücken Fl.Nrn. 27/4 und 41/Teilfläche der Gemarkung Thannhausen
 3. das Leichenhaus auf dem Kirchfriedhof mit Aussegnungshalle
 4. das Leichenhaus auf dem Waldfriedhof mit Aussegnungshalle
 5. die Leichentransportmittel
- (2) Die Teilfläche des Grundstücks Fl. Nr. 41 der Gemarkung Thannhausen ergibt sich aus beiliegender Anlage zur Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Stadt Thannhausen des Bauamtes der Verwaltungsgemeinschaft Thannhausen vom 24.01.2012 (grünmarkierte Fläche). Beiliegende Anlage ist Bestandteil dieser Satzung.
- (3) Die Verwaltung und Beaufsichtigung der Friedhöfe und des Bestattungswesens obliegt der Stadt Thannhausen, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Regelungen andere Behörden zuständig sind.

§ 2
Friedhofszweck

- (1) Der Friedhof dient der würdigen Bestattung der verstorbenen Gemeindeglieder und, wenn eine ordnungsgemäße Beisetzung nicht anderweitig sichergestellt ist, auch der im Gemeindegebiet oder in einem angrenzenden gemeindefreien Gebiet Verstorbenen oder tot Aufgefundenen, sowie derjenigen Personen, denen ein Grabnutzungsrecht im städtischen Friedhof zusteht.
- (2) Die Bestattung anderer als der in Absatz 1 genannten Personen bedarf der besonderen Erlaubnis der Stadt, auf die kein Rechtsanspruch besteht.
- (3) Für Tot- und Fehlgeburten gilt das Bestattungsgesetz.

§ 3
Schließung und Entwidmung

- (1) Jeder Friedhof, Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können aus wichtigem öffentlichen Interesse geschlossen oder entwidmet werden. Durch die Schließung wird nur die Möglichkeit weiterer Beisetzungen ausgeschlossen; durch die Entwidmung verliert der

Friedhof die Eigenschaft als öffentliche Bestattungseinrichtung. Die Absicht der Schließung, die Schließung selbst und die Entwidmung sind jeweils öffentlich bekannt zu machen.

- (2) Die Stadt kann die Schließung verfügen, wenn keine Rechte auf Bestattung entgegenstehen bzw. die Entwidmung verfügen, wenn alle Nutzungsrechte und Ruhefristen abgelaufen sind.
- (3) Soweit zur Schließung oder Entwidmung Nutzungsrechte im Einvernehmen mit den Berechtigten abgelöst werden sollen, werden ersatzweise entsprechende Rechte sowie Umbettungen in andere Grabstätten auf Kosten der Stadt eingeräumt.

II. ORDNUNGSVORSCHRIFTEN

§ 4 Öffnungszeiten

- (1) Die städtischen Friedhöfe dürfen nur während der bekannt gemachten Öffnungszeiten betreten werden.
- (2) Die Stadt kann das Betreten der Friedhöfe oder einzelne Teile davon aus besonderem Anlass (z. B. bei Leichenausgrabungen und Umbettungen) untersagen.

§ 5 Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jeder Besucher hat sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes entsprechend und ferner so zu verhalten, dass kein anderer gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt wird. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen.
- (2) Auf den Friedhöfen ist es insbesondere nicht gestattet,
 - a) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern,
 - b) den Friedhof, seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen, Einfriedungen und Hecken zu übersteigen und Rasenflächen (soweit sie nicht als Wege dienen), Grabstätten und Grabeinfassungen zu betreten.

§ 6 Ausführungen von Arbeiten gegen Entgelt

- (1) Die Gewerbetreibenden und ihre Gehilfen haben den Regelungen der Friedhofssatzung und den Anweisungen der Friedhofsverwaltung Folge zu leisten. Durch gewerbliche Arbeiten darf die Würde des Friedhofs nicht beeinträchtigt werden; insbesondere ist auf Bestattungsfeierlichkeiten Rücksicht zu nehmen. Nach Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einem ordnungsgemäßen Zustand zu bringen.
- (2) Die Friedhofswege dürfen nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung mit den für die Ausführung der Arbeiten oder für den Transport von Arbeitsmitteln erforderlichen Fahrzeugen befahren werden. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Friedhofsbereich beträgt Schritttempo. Bei anhaltendem Tau- oder Regenwetter kann die Friedhofsverwaltung das Befahren der Friedhofswege mit Fahrzeugen untersagen.

- (3) Die gewerblich Tätigen haften für alle Schäden, die sie oder ihre Gehilfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit in dem Friedhof schuldhaft verursachen. Eine entsprechende Haftpflichtversicherung ist abzuschließen.
- (4) Die Ausübung gewerbsmäßiger Tätigkeiten auf dem Friedhof kann durch die Friedhofsverwaltung dauerhaft versagt werden, wenn die ordnungsgemäße Ausführung der Arbeiten nicht gewährleistet ist oder wenn trotz schriftlicher Abmahnung mehrfach gegen die Friedhofssatzung oder Anordnung der Friedhofsverwaltung verstoßen wird. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Abmahnung entbehrlich.“

III. BESTATTUNGSVORSCHRIFTEN

§ 7 Allgemeines

- (1) Die Bestattung wird durch das Friedhofspersonal der Stadt oder durch die von der Stadt beauftragten Personen durchgeführt.
- (2) Das Grab muss spätestens 48 Stunden vor Beginn der Bestattung bei der Stadt bestellt werden.

§ 8 Särge

- (1) Die Särge müssen fest gefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Sie dürfen nicht aus schwer vergänglichen Stoffen hergestellt sein, soweit nicht ausdrücklich anderes vorgeschrieben ist.
- (2) Die Särge sollen höchstens 2,00 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Sind größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Stadt bei der Bestellung der Bestattung einzuholen.
- (3) Für Sargausstattungen und zur Bekleidung der Leichen ist leicht vergängliches Material zu verwenden.

§ 9 Beerdigungen

Den Zeitpunkt sowie Ablauf der Bestattung setzt die Stadt bzw. der städtische Beauftragte im Benehmen mit den Hinterbliebenen und den örtlichen Pfarrämtern fest.

§ 10 Ruhefrist

- (1) Die Ruhefrist im Waldfriedhof für Leichen beträgt 20 Jahre, bei Kindern bis 7 Jahre beträgt die die Ruhefrist 10 Jahre.
- (2) Die Ruhefrist im Kirchfriedhof für Leichen beträgt 20 Jahre, bei Kindern bis 7 Jahre beträgt die Ruhefrist 10 Jahre.
- (3) Die Ruhefrist für Urnen beträgt allgemein 10 Jahre.
- (4) Vor Ablauf der Ruhezeit darf eine Grabstätte nicht aufgelassen oder wieder belegt werden, soweit diese Satzung nicht Ausnahmen zulässt.

§ 11 Vorbehaltene Arbeiten

Die im Zusammenhang mit der Bestattung stehenden Verrichtungen auf dem Friedhof, insbesondere

- a) das Herrichten (Ausheben und Verfüllen) des Grabes,
- b) das Versenken des Sarges und die Beisetzung von Urnen,
- c) die Leichenbeförderung innerhalb des Friedhofs, also die Überführung des Sarges von der Halle zum Grab einschließlich der Stellung der Sargträger,
- d) Ausgrabungen und Umbettungen einschließlich notwendiger Umsargungen,
- e) Ausschmücken des Aufbahrungsraumes und der Aussegnungshalle (Grundausstattung mit Trauerschmuck),

obliegt dem Friedhof- und Bestattungspersonal der Stadt. In besonderen Fällen kann die Stadt von der Inanspruchnahme des städtischen Trägerpersonals befreien.

§ 12 Ort der Bestattung

Die im Stadtgebiet Verstorbenen sind in dem von der Stadt festzulegenden Friedhof zu bestatten. Dem Wunsch der Berechtigten ist möglichst zu entsprechen.

§ 13 Benutzung der Leichenhäuser mit Aussegnungshallen

- (1) Die städtischen Leichenhäuser dienen zur Aufbewahrung der Verstorbenen, bis sie im jeweiligen Friedhof beigesetzt oder nach auswärts überführt werden. Die Aussegnungshallen dienen zur Abhaltung der Bestattungsfeierlichkeiten.
- (2) Die Leichen werden grundsätzlich im geschlossenen Sarg aufgebahrt.

§ 14 Leichenausgrabung und Umbettung

- (1) Die Umbettung von Leichen und Aschenresten bedarf, unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften, der vorherigen Erlaubnis der Stadt. Sie darf nur erteilt werden, wenn ein wichtiger Grund die Störung der Totenruhe und die Unterbrechung der Verwesung rechtfertigt.
- (2) Die Erlaubnis kann grundsätzlich nur von denen in § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BestV genannten Angehörigen beantragt werden.
- (3) Die Stadt bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung. Sie lässt die Umbettung durchführen. Sie kann, wenn Umbettungen nach auswärts erfolgen, auch anerkannten Leichentransportunternehmen gestatten, die Umbettung durch ihr Personal vorzunehmen.
- (4) Angehörige und Zuschauer dürfen der Umbettung und Leichenausgrabung nicht beiwohnen.

IV. GRABSTÄTTEN

§ 15

Arten der Grabstätten und ihre Verwendung

- (1) Es werden folgende Arten von Grabstätten unterschieden:
1. Einzelgräber
 2. Doppel- bzw. Familiengräber
 3. Kindergräber
 4. Ehrengrabstätten
 5. Urnennischen einschließlich Abdeckplatten
 6. Urnenfeld einschließlich Abdeckplatte
 7. Anonymes Urnenerdgrab
 8. Rasengräber (Einzel- und Familiengräber)
 9. Gemeinschaftsurnengräber
- (2) Alle Gräber nach Abs. 1 Ziff. 1, 2, 3 und 8 sind Wahlgräber, die der Erd- und Urnenbestattung dienen.
- (3) Die Lage der Gräber richtet sich nach den Belegungsplänen des jeweiligen Friedhofs.

§ 16

Einzelgräber

Einzelgräber sind Grabstätten mit maximal zwei Bestattungsplätzen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für eine bestimmte Dauer (Nutzungszeit) verliehen wird. Einzelgräber dienen der Bestattung von zwei Leichen, wobei die Beisetzung einer zweiten Leiche während der Ruhefrist nur dann zugelassen wird, wenn die vorgeschriebene Tiefe des Grabschachtes (§ 23 Abs. 2) eingehalten wird. Die Einzelgräber dienen im Rahmen ihrer zulässigen Belegung wahlweise zur Leichen- oder Aschenbestattung.

§ 17

Familiengräber

- (1) Familiengräber sind Grabstätten mit maximal vier Bestattungsplätzen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für eine bestimmte Dauer (Nutzungszeit) verliehen wird. Familiengräber dienen der Bestattung von vier Leichen, wobei die Beisetzung einer dritten und vierten Leiche während der Ruhefrist nur dann zugelassen wird, wenn die vorgeschriebene Tiefe des Grabschachtes (§ 23 Abs. 2) eingehalten wird. Die Familiengräber dienen im Rahmen ihrer zulässigen Belegung wahlweise zur Leichen- oder Aschenbestattung.
- (2) In den Familiengräbern können der Erwerber und seine Angehörigen bestattet werden. Als Angehöriger gelten Ehegatten, Verwandte auf- und absteigender Linie, angenommene Kinder und Geschwister, deren Ehegatten sowie Schwägerte 2. Grades.
- (3) Die Beisetzung anderer Personen in einer Familiengrabstätte bedarf der Genehmigung der Stadt.

§ 18

Kindergräber

Kindergräber sind Grabstätten, die zur Bestattung eines verstorbenen Kindes bis 7 Jahre zur Verfügung gestellt werden.

§ 19 Ehrengabstätten

Die Zuerkennung, die Anlage und die Unterhaltung von Ehrengabstätten obliegt ausschließlich der Stadt.

§ 20 Rasengräber

Rasengräber sind gärtnerische Grabfelder mit zwei Bestattungsplätzen für Einzelgräber und vier Bestattungsplätzen für Familiengräber, in denen sowohl Erd- als auch Urnenbestattungen stattfinden können. Rasengräber sind mit einem Grabmal zu versehen, dürfen jedoch keine Einfassungen und keine Bepflanzungen aufweisen. Rasengräber werden von der Stadt Thannhausen angesät. Die Rasenflächen werden von der Stadt Thannhausen unterhalten.

§ 21 Urnenfeld, Urnennischen, anonymes Urnenerdgrab, Gemeinschaftsurnengräber

- (1) Die unterirdische Beisetzung von Urnen erfolgt nach den Weisungen der Stadt. Die unterirdische Bestattung auch mehrerer Urnen in den Grabstätten für Erdbeisetzungen ist nach den Vorgaben der Stadt gestattet.
- (2) In den Urnennischen dürfen maximal 3 Urnen und im Urnenfeld maximal 4 Urnen beige-
setzt werden. Es dürfen darin nicht mehr als die im Grabbrief festgelegten Urnen beige-
setzt werden. Für die Bestattung von Urnen im Einzelgrab gilt § 16 und im Doppel- bzw.
Familiengrab § 17 Abs. 1 entsprechend.
- (3) Für das Ausgraben bzw. Entnehmen von Urnen gilt § 14 sinngemäß.
- (4) Die Gestaltung der Urnennischen soll mit der Stadt festgelegt werden; die Verschluss-
platte bleibt in ihrem Eigentum. Der Nutzungsberechtigte muss die Beschriftung der Ver-
schlussplatte fachgerecht vornehmen lassen.
- (5) Nach Ablauf des Nutzungsrechts kann das Friedhofspersonal die Urne entfernen und
die Aschenreste an geeigneter Stelle der Erde übergeben.
- (6) Gemeinschaftsurnengräber werden von der Stadt Thannhausen mit einer gemeinsamen
Stele und einer Halbabdeckung für jedes Grabfeld hergestellt. Die Gestaltung des Grab-
felds im Übrigen obliegt den jeweiligen Nutzungsberechtigten. Das Schriftbild von Auf-
schriften auf den Halbabdeckungen hat dem Schriftbild auf der Stele zu entsprechen.
Ein Gemeinschaftsurnengrab dient der gemeinschaftlichen Beisetzung von maximal drei
Urnen.
- (7) Im Übrigen gelten die Vorschriften über Familien- und Einzelgräber, soweit nichts anderes
bestimmt.
- (8) Bei Urnenerdbestattungen müssen die kompletten Urnen (Urnenbehälter, Überurnen,
Schmuckurnen, Aschenkapseln usw.) aus biologisch abbaubarem Material bestehen. Bei
Beisetzungen der Urnen in Urnennischen müssen die Urnenbehälter (Überurnen und
Schmuckurnen) aus nicht vergänglichem Material, die Aschenkapseln aus biologisch ab-
baubarem Material bestehen.

§ 22 Dauer des Nutzungsrechtes

Das Grabnutzungsrecht beträgt für Einzel- oder Familiengräber sowie Rasengräber (Einzel- und Familiengräber) 20 Jahre, für Kindergräber 10 Jahre. Das Grabnutzungsrecht für Grabstätten nach § 15 Abs. 1 Nr. 5 (Urnennischen), Nr. 6 (Urnenfelder), Nr. 7 (Anonyme Urnenerdgräber) und Nr. 9 (Gemeinschaftsurnengräber) beträgt 10 Jahre.

§ 23 Ausmaße der Grabstätten

(1) Die einzelnen Grabstätten haben grundsätzlich folgende Ausmaße:

Im Waldfriedhof:

a) Kindergräber:	Länge	1,50 m	Breite 0,90 m
b) Einzelgräber:	Länge	2,50 m	Breite 0,90 m
c) Familien- bzw. Doppelgräber:	Länge	2,50 m	Breite 2,40 m
d) Rasengräber (Einzelgräber):	Länge	2,50 m	Breite 0,90 m
e) Rasengräber (Familiengräber):	Länge	2,50 m	Breite 2,40 m

Im Kirchfriedhof:

a) Einzelgräber:	Länge	2,00 m	Breite 0,90 m
b) Familiengräber:	Länge	2,10 m	Breite 1,80 m
c) Urnennischen:	Tiefe	0,52 m	Breite 0,28 m
d) Urnenfelder	Länge	0,80 m	Breite 0,80 m
e) Anonymes Urnenerdgrab	Länge	0,30 m	Breite 0,30 m

f) Gemeinschaftsurnengräber Länge und Breite je nach Einzelfestlegung.

Nach einer Bestattung in einer Grabstätte im Kirchfriedhof ist abweichend von § 23 Abs. 1 Buchstaben a) und b) die Länge und Breite der Grabstätte und Grabeinfassung (§ 31 Abs. 2 Buchstabe a) den Maßvorgaben anzupassen, die eine maschinelle Abdienerung der eigenen und der anschließenden Grabstätten ermöglichen, wobei eine Mindestwegebreite von 0,95 m gewährleistet sein muss.

Wurde bereits zu diesem Zweck eine neue Gräberflucht gebildet, so besteht die Verpflichtung der Anpassung an diese Vorgaben. Die Feststellung über die jeweiligen Ausmaße der Grabstätten und Grabeinfassungen trifft die Stadt.

(2) Die Tiefe des Grabschachtes bis zur Sohle beträgt:

- bei Personen bis zum vollendeten 6. Lebensjahr	1,30 m
- bei Personen über dem vollendeten 6. Lebensjahr	1,80 m
- bei Doppelbelegung übereinander	2,40 m
- bei Urnenbestattung	0,80 m

§ 24 Rechte an Grabstätten

- (1) Sämtliche Grabstätten in den städtischen Friedhöfen (§ 1 Abs. 1 Ziffer 1 und Ziffer 2) bleiben Eigentum der Stadt. An ihnen können Rechte (Nutzungsrechte) nur nach dieser Satzung erworben werden.
- (2) Der Benutzungsberechtigte hat das Recht, im Familiengrab bestattet zu werden und Mitglieder seiner Familie (Ehegatten, Kinder, Eltern und unverheiratete Geschwister) darin bestatten zu lassen. Die Gemeinde kann Ausnahmen bewilligen.
- (3) Eine Beerdigung darf nur stattfinden, wenn die Ruhefrist die Nutzungszeit nicht übersteigt.
- (4) Nach Zahlung der fälligen Gebühr nach der Satzung über die Gebühren im Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Thannhausen wird das Nutzungsrecht verliehen, worüber dem Berechtigten eine Graburkunde ausgehändigt wird. Das Nutzungsrecht wird in der Regel nur einer Person, dem Nutzungsberechtigten verliehen.
- (5) Es besteht kein Anspruch auf Verleihung oder Wiedererwerb von Nutzungsrechten an einer bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung. Das Grabbenutzungsrecht (Absatz 2) wird gegen erneute Zahlung der Grabgebühr verlängert, wenn der Benutzungsberechtigte vor Ablauf des Rechts die Verlängerung beantragt und der Platzbedarf des Friedhofs es zulässt.
- (6) Wird das Nutzungsrecht nicht vor Ablauf wiedererworben, gilt es als aufgegeben.
- (7) Zu Lebzeiten des Benutzungsberechtigten kann die Umschreibung eines Grabbenutzungsrechtes der Ehegatte oder ein Abkömmling beanspruchen, wenn der Benutzungsberechtigte zugunsten des Ehegatten oder Abkömmlings schriftlich auf das Grabnutzungsrecht verzichtet hat.
- (8) Nach dem Tode des Benutzungsberechtigten kann derjenige die Umschreibung eines laufenden Grabbenutzungsrechtes auf seinen Namen beanspruchen, dem es vom Benutzungsberechtigten in einer letztwilligen, rechtsgültigen Verfügung ausdrücklich zugewendet wurde. Leben der Ehegatte oder ein Abkömmling des Benutzungsberechtigten, so haben diese aber auf jeden Fall den Vorrang.
- (9) Liegt keine letztwillige Verfügung vor, erfolgt die Umschreibung auf die in Abs. 2 bezeichneten Personen in der dort angegebenen Reihenfolge. Innerhalb dieser Nachfolge hat das höhere Alter das Vorrecht.
- (10) Über die Umschreibung erhält der neue Grabbenutzungsberechtigte eine Urkunde.
- (11) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an belegten und nur teilweise belegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhefrist zurückgegeben werden. Eine Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich.
- (12) Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und zur Pflege der Grabstätte.
- (13) Nach Erlöschen des Benutzungsrechts kann die Stadt (Friedhofsverwaltung) über die Grabstätte anderweitig verfügen. Hiervon werden die Erwerber oder die Erben oder die Pfleger des Grabes rechtzeitig von der Stadt benachrichtigt.

§ 25**Beschränkung der Rechte an Grabstätten**

- (1) Das Benutzungsrecht an Gräbern kann entzogen werden, wenn die Grabstätte an dem bestimmten Ort aus zwingenden öffentlichen Interesse nicht mehr belassen werden kann. Der Nutzungsberechtigte ist vorher zu hören. Ist die Ruhefrist noch nicht abgelaufen, ist das Einverständnis des Nutzungsberechtigten erforderlich.
- (2) Dem Nutzungsberechtigten wird in solchen Fällen eine möglichst gleichwertige andere Grabstätte auf die Dauer der restlichen Nutzungszeit zugewiesen.

V.**GESTALTUNG DER GRABSTÄTTEN****§ 26****Allgemeines**

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt ist.

§ 27**Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege der Grabstätten**

- (1) Alle Gräber müssen im Rahmen der Vorschriften des § 27 hergerichtet und dauernd instand und verkehrssicher gehalten werden. Dies gilt entsprechend für den übrigen Grab schmuck. Zur Bepflanzung der Gräber sind nur Gewächse zu verwenden, welche die benachbarten Gräber und Wege nicht beeinträchtigen. Die Höhe der Pflanzen darf 0,80 m nicht überschreiten. Die Stadt kann verlangen, dass stark wuchernde Bäume und Sträucher zurück geschnitten, absterbende entfernt werden. Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von den Gräbern zu entfernen und an den vorgesehenen Abraumplätzen abzulagern.
- (2) Die Gräber sind von den Nutzungsberechtigten herzurichten, dauernd instand und verkehrssicher zu halten. Diese Verpflichtung erlischt erst mit Ablauf des Nutzungsrechts. Gräber müssen innerhalb von 3 Monaten nach der Belegung hergerichtet sein. Übernimmt für ein Einzelgrab niemand die Pflege und Instandhaltung und entspricht der Zustand der Grabstätte nicht den Vorschriften der Gesetze oder dieser Satzung, so ist die Stadt berechtigt, das Grab einzuebnen, einen vorhandenen Grabstein zu entfernen und die Grabstelle nach Ablauf der Ruhefrist anderweitig zu vergeben.
- (3) Entspricht bei einem Grab, an dem ein Nutzungsrecht besteht, der Zustand der Grabstätte oder des Grabmals nicht den Vorschriften dieser Satzung, so findet § 36 dieser Satzung (Ersatzvornahme) Anwendung. Werden hierbei die entstehenden Kosten auf ergangene Aufforderung hin nicht ersetzt, so kann das Nutzungsrecht an der Grabstätte ohne Anspruch auf Entschädigung sofort oder mit Ablauf der Ruhefrist als erloschen erklärt werden. Die Stadt ist in diesem Falle berechtigt, das Grabbeet einzuebnen, das Grabmal zu entfernen und die Grabstelle nach Ablauf der Ruhefrist anderweitig zu vergeben. Sobald die Stadt die entstandenen Kosten ersetzt bekommen hat, wird auf Antrag das Grabmal herausgegeben.
- (4) Der bisherige Verantwortliche hat das Grab nach Ablauf des Nutzungsrechts abzuräumen.

VI. GRABMÄLER

§ 28 Gestaltung der Grabmäler

- (1) Die Grabmale unterliegen in ihrer Gestaltung, Bearbeitung und Anpassung einfachen künstlerischen Anforderungen.
- (2) Auf jeder Grabstelle darf nur ein Grabmal aufgestellt werden.
- (3) Das Grabmal, Inhalt und Art der Inschrift müssen der Würde des Friedhofes entsprechen. Firmennamen auf Grabmalen dürfen nur in unauffälliger Weise auf einer Schmalseite unten angebracht werden.
- (4) Entspricht das Grabmal oder eine sonstige bauliche Anlage nicht den gesetzlichen Vorschriften oder den Bestimmungen dieser Satzung, so kann die Stadt auf Kosten des Verpflichteten die teilweise oder vollständige Beseitigung des Grabmals anordnen, wenn nicht auf andere Weise rechtmäßige Zustände hergestellt werden können.

§ 29 Standicherheit, Unterhalt, Lagern und Wiederverwendung

- (1) Die Grabmale sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks (Technische Anleitung zur Standicherheit von Grabmalanlagen der Deutschen Naturstein Akademie e.V. - TA-Grabmal in der jeweils geltenden Fassung) so zu befestigen, dass sie dauerhaft standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Satz 1 gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend.
- (2) Wo bereits Streifenfundamente in Form von Stahlbetonfundamenten vorhanden sind, müssen diese verwendet werden. Zur Gewährleistung der Standicherheit der Grabmäler im Kirchfriedhof ist nach einer Bestattung das Grabmal mit einem Streifenfundament zu versehen, sofern ein solches noch nicht vorhanden ist. Die Streifenfundamente werden von fachlich geeigneten Unternehmern nach den Vorgaben der Stadt errichtet. Alle Grabmäler sind nach der Anlage des Grabfeldes eingefluchtet aufzustellen.
- (3) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in einem ordnungsgemäßen und verkehrssicheren Zustand zu halten. Verantwortlich ist dafür der jeweilige Nutzungsberechtigte.
- (4) Ist die Standicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, ist der für den Unterhalt verantwortliche Nutzungsberechtigte verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann die Stadt auf Kosten des Unterhaltsverpflichteten Sicherungsmaßnahmen (z. B. Umlegen von Grabmalen, Absperrungen) treffen. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Stadt nicht innerhalb einer jeweils festzusetzenden Frist beseitigt, ist die Stadt berechtigt, dies auf Kosten des Unterhaltsverpflichteten zu tun oder das Grabmal, die sonstige bauliche Anlage oder Teile davon zu entfernen. Die Stadt ist nicht verpflichtet, diese Sachen aufzubewahren. Ist der Unterhaltsverpflichtete nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung und ein vierwöchiger Hinweis auf der Grabstätte. Der Unterhaltsverpflichtete ist für jeden Schaden haftbar, der durch Umstürzen von Grabmalen oder sonstiger baulicher Anlagen oder durch Abstürzen von Teilen davon verursacht wird.

- (5) Vor der Öffnung eines Grabes sind vorhandene Grabmale und Einfassungen - ggf. auch von Nachbargräbern, soweit dies aus Gründen der Arbeitssicherheit erforderlich ist, - auf Kosten des Bestellers der Bestattung zu entfernen.
- (6) Die Wiederverwendung abgeräumter Grabmale ist nur zulässig, wenn diese den geltenden Vorschriften entsprechen.

§ 30 Entfernung von Grabmälern

- (1) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen dürfen vor Ablauf der Ruhefrist oder des Nutzungsrechts nur mit Zustimmung der Stadt entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Ruhefrist bzw. des Nutzungsrechts sind die Grabmäler zu entfernen. Sie gehen, falls sie nicht innerhalb von 3 Monaten nach Aufforderung der Stadt entfernt werden, entschädigungslos in das Eigentum der Stadt über.

§ 31 Größen der Grabmäler und Einfassungen

- (1) Grabmale dürfen folgende Maße nicht überschreiten:
 - a) Einzelgräber und Rasengräber (Einzelgräber)

größte Höhe	130 cm
größte Breite	80 cm
größte Stärke	24 cm
 - b) Familiengräber und Rasengräber (Familiengräber)

größte Höhe	150 cm
größte Breite	140 cm
größte Stärke	24 cm
 - c) Kindergräber

größte Höhe	60 cm
größte Breite	30 cm
größte Stärke	12 cm
 - d) Liegende Grabmale bzw. Grabplatten sind im Kirchfriedhof und im Waldfriedhof zugelassen.
 - e) Grabzeichen aus Holz und Metall sind zugelassen, sofern sie die Voraussetzungen des § 27 erfüllen.
- (2) Grabeinfassungen dürfen folgende Maße (von Außenkante zu Außenkante gemessen) nicht überschreiten:
 - a) Länge und Breite ergeben sich aus § 23 Abs. 1 dieser Satzung. Die Grabbreite verringert sich jeweils um 15 cm, welche mit zum Abstand zum Nebengrab gehören.
 - b) Die Höhe der Einfassung darf im Kirchfriedhof 15 cm über der Erdbodenoberkante (Weg) nicht übersteigen. Im Waldfriedhof sind nur Grabeinfassungen aus festem Material nur in Bruchstücken bis zu 50 cm zugelassen. Sie sind ebenerdig zu verlegen.

VII. SCHLUSSVORSCHRIFTEN

§ 32 Alte Rechte

- (1) Die beim In-Kraft-Treten dieser Satzung bestehenden Ruhezeiten und die Dauer von bestehenden Grabrechten richten sich bis zu deren Ablauf nach den bisher geltenden Vorschriften.
- (2) Im Übrigen gilt diese Satzung.

§ 33 Ausnahmen

Zur Vermeidung unbilliger Härten oder im überwiegenden öffentlichen Interesse können Ausnahmen von dieser Satzung zugelassen werden.

§ 34 Haftung

Die Stadt haftet nicht für Schäden, die durch eine nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen und Einrichtungen durch dritte Personen oder Tiere entstehen. Ferner ist die Haftung bei Diebstahl und Grabschändung ausgeschlossen.

§ 35 Gebühren

Die Stadt erhebt für die Benutzung der Friedhöfe und ihrer Einrichtungen Gebühren nach Maßgabe einer besonderen Gebührensatzung.

§ 36 Anordnungen für den Einzelfall, Ersatzvornahme

- (1) Die Stadt kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen.
- (2) Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, eines Duldens oder Unterlassens gelten die Vorschriften des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes.

§ 37 Ordnungswidrigkeiten

Mit Geldbuße kann gemäß Art. 24 Abs. 2 Satz 2 der Gemeindeordnung belegt werden, wer vorsätzlich

1. sich als Besucher entgegen § 5 Abs. 1 nicht der Würde des Friedhofs entsprechend verhält, andere gefährdet, schädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt oder die Anordnungen des Friedhofspersonals nicht befolgt,
2. entgegen § 5 Abs. 2 Buchstabe a) Abraum und Abfall außerhalb der dafür bestimmten Stellen ablagert,
3. entgegen § 5 Abs. 2 Buchstabe b) den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen verunreinigt oder beschädigt, Einfriedungen und Hecken übersteigt und Rasenflächen (soweit sie nicht als Wege dienen), Grabstätten und Grabeinfassungen betritt,
4. entgegen § 11 solche dem Friedhofs- und Bestattungspersonal vorbehaltenen Arbeiten ausführt,

5. entgegen § 27 Abs. 1 und 2 eine Grabstätte nicht binnen 3 Monaten nach dem Erwerb des Nutzungsrechts bzw. nach einer Beisetzung herrichtet oder herrichten lässt, sie während der Dauer des Nutzungsrechts nicht im guten Pflegezustand oder dauernd verkehrssicher hält oder die in § 23 und § 31 festgelegten Maße nicht einhält,
6. entgegen § 29 Abs. 3 ein Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen nicht in verkehrssicherem Zustand hält.

§ 38
Inkrafttreten

Diese Satzung vom 17.02.2016 ist am 01.03.2016 in Kraft getreten und wurde zuletzt am 22.07.2020 geändert.

Thannhausen, den 22.07.2020
STADT THANNHAUSEN

Alois Held
1. Bürgermeister